

REVIEWS

Ruth Wodak, The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean, Sage 2015, 256 Seiten.

The Politics of Fear ist eine zeitgemäße und sowohl im österreichischen als auch im internationalen Kontext hochaktuelle Auseinandersetzung der Diskursanalytikerin Ruth Wodak mit dem Thema Rechtspopulismus: seiner Geschichte, seinem Inhalt und seinen Erscheinungsformen. Das als Wissenschaftsbuch des Jahres 2017 ausgezeichnete, bereits 2015 veröffentlichte Buch erschien gleichzeitig in deutscher und englischer Sprache. Letztere Ausgabe wird hier rezensiert, wobei die beiden Bücher im Wesentlichen gleich sind. In der vorliegenden Rezension soll nach einer allgemeinen Besprechung ein besonderer Fokus auf einige historiografierelevante Aspekte gelegt werden: der Frage nach der Instrumentalisierung der Geschichte in gegenwärtigen rechtspopulistischen Diskursen und der damit verbundenen Implikationen für den Betrieb der Geschichtswissenschaften.

Das Buch ist in acht Kapitel gegliedert, wobei verschiedene theoretisch-analytische Modelle in fünfzehn „Vignetten“ – damit bezeichnet Wodak ihre Auswahl an Fallbeispielen der vergangenen Jahre aus verschiedenen Kontexten in Europa und den USA – angewandt werden, um die Inhalte, Strategien und Auswirkungen rechtspopulistischer Diskurse kritisch zu beleuchten. Dass die Autorin in insgesamt fünf der „Vignetten“ den österreichischen Rechtspopulismus – vor allem den der Freiheitlichen Partei (FPÖ) – als Beispiel heranzieht, liegt, abgesehen von Wodaks langjähriger Auseinandersetzung mit der österreichischen Politik, auch in der Erfolgsgeschichte des österreichischen Rechtspopulismus begründet, die, wie aus dem letzten Kapitel hervorgeht, zu

einer „Haiderization“ (S. 177) der europäischen Politik geführt hat.

Als gemeinsamen Nenner für den bedenklich wachsenden Rechtspopulismus in Europa und den USA verweist Wodak in ihrem Vorwort auf die Angst, die in den Folgekapiteln in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen analysiert und von der Autorin als sowohl berechtigt (beispielsweise im Kontext der wachsenden ökonomischen Ungleichheiten in der Welt) als auch als unberechtigt (zum Beispiel in Reaktion auf eine vermeintliche „Überfremdung“ des Westens) bewertet wird. Allerdings betont Wodak von Anfang an, dass der (Rechts-)Populismus ein durchaus heterogenes, fluides Phänomen darstellt, genauso wie die Objekte der Angst (Immigranten, Muslime, Homosexuelle, um nur einige zu nennen) einen „floating“ oder „empty signifier“ (S. xi), also eine dehnbare Projektionsfläche darstellen. Daraus schließt Wodak, dass der Rechtspopulismus in seinen jeweiligen Erscheinungsformen kontextspezifisch kritisch analysiert und zerlegt werden muss, wie sie es in den darauffolgenden Vignetten demonstriert.

Das erste Kapitel stellt eine allgemeine Einführung in die Ideengeschichte des Rechtspopulismus dar und gibt einen Überblick über die Struktur des Buches. Obwohl Populismus als Begriff weitverbreitet ist – sowohl historisch und auch innerhalb der Linken –, betont Wodak die spezifischen Charakteristiken, die den rechten Populismus ausmachen: völkisch-nativistische Politik mit Bezug auf Körper, Grenzen und Nation; die Reduzierung komplexer gesellschaftlicher Prozesse auf einfache Dichotomien (das Adjektiv „manichean“ wird durchgehend verwendet); schließlich die Erfindung oder Wiederbelebung von (überlieferten) Stereotypen und Vorurteilen, um als Sündenbock herzuhalten. Als einen möglichen Grund für die starke Verbreitung des Rechtspopulismus in den letzten Jahren nennt Wodak das Internet und die Sozialen Medien, die sowohl zu einer verstärkten „performance“ der Politik als auch seiner „fictionalization“

(S. 11–12) beigetragen haben. Seit Veröffentlichung des Buches ist dieser Punkt nur allzu deutlich im Fall von Donald Trump belegt worden.

In den Kapiteln zwei bis sieben werden verschiedene Rahmen zur Analyse des Rechtspopulismus präsentiert und anhand von „Vignetten“ in unterschiedlichen thematischen und politischen Zusammenhängen exemplarisch angewandt. Das vierte Kapitel verweist zum Beispiel auf die Renationalisierung Europas durch die Schaffung neuer Grenzen, sowohl materiell als auch juristisch, etwa durch Grenzmauern und Einbürgerungstests. Kapitel sechs analysiert den wirksamen Einsatz von Medien zur Inszenierung von Rechtspopulisten, wobei zum Teil sehr unterschiedliche Wählergruppen gezielt angesprochen werden. In Kapitel sieben wird die Projektionsfläche Gender analysiert, wobei deutlich wird, wie etwa Kontroversen rund um die Burka (in Europa) oder Abtreibung (in den USA) von weißen, heterosexuellen Männern strategisch zur Betreibung einer völkisch-nationalistischen Politik instrumentalisiert werden können.

Das achte Kapitel fungiert als Schlusswort, wobei Wodak die Erfolge von Haider und seinen Nachfolgern in der FPÖ als wegweisend für den internationalen Rechtspopulismus darstellt. Das „Haider phenomenon“ führte im letzten Jahrzehnt zu einer europaweiten „normalization of formerly tabooed racist, xenophobic and antisemitic rhetoric, as well as of exclusionary legislation“ (S. 177–178), wogegen es sich bewusst und aktiv zur Wehr zu setzen gilt. Wodak empfiehlt in diesem Zusammenhang nicht eine Politik der reinen Opposition, sondern die Schaffung einer neuen Politik der „equality, diversity and solidarity“ (S. 188). Man solle weniger die Ausschreitungen des Rechtspopulismus sensationalisieren, als diese kritisch analysieren, um sie letztendlich zu dekonstruieren und zu widerlegen. Das Buch schließt mit einem 20-seitigen Glossar rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Europa und den USA.

Im Vorwort erklärt Wodak, dass ihr zweisprachig erschienenenes Buch an ein breites, nicht ausschließlich wissenschaftliches Publikum gerichtet ist. Somit versteht sich das Werk als eine Art Handbuch zum besseren Verständnis und zur Bekämpfung von Rechtspopulismus und damit verbundenen Erscheinungen wie Xenophobie, Rassismus, Homophobie usw. Dies erklärt die prägnante Abfassung sowie die Ausklammerung zahlreicher theoretischer und empirischer Bereiche – so werden beispielsweise viele europäische Länder nur knapp oder gar nicht diskutiert, was wiederum die Frage aufwirft – die Wodak auch stellt –, wieso der Rechtspopulismus so ungleich aufkommt bzw. erfolgreich ist: Wieso hat ein reiches Land wie Österreich einen so starken Rechtspopulismus und nicht etwa Finnland? Warum gelingt es Rechtspopulisten im von ökonomischen Krisen geschüttelten Spanien nicht, mit ihrer Politik Fuß zu fassen, in Griechenland hingegen schon? Das sind Fragen, auf die Wissenschaft und Politik in Zukunft näher eingehen werden müssen. Wodaks Versuch, eine prägnante und dennoch fundierte Grundlage für die Analyse und Dekonstruktion rechtspopulistischer Agitation anzubieten, kann auf alle Fälle als durchaus geglückt betrachtet werden, und sollte in breiten Teilen der Wissenschaft, der Politik und der Gesellschaft auf Resonanz stoßen – haben sich doch Wodaks Thesen seit der Veröffentlichung 2015 stark erhärtet, so etwa 2016 in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen in Österreich und den USA oder hinsichtlich des Beschlusses zum Brexit im Vereinigten Königreich.

Auch in den Geschichtswissenschaften sollte Wodaks Buch breit rezipiert werden. Denn zum einen, wie die Autorin selbst anhand verschiedener Beispiele aufzeigt, sind Rechtspopulismus, Rassismus, und Nationalismus durchaus geschichtsträchtig – sowohl in ihrer eigenen Historizität als auch in ihrer Instrumentalisierung und Falsifizierung der Geschichte. Zum anderen aber stellen sich die zentralen Fragen, ob die Wissenschaft überhaupt ausreichend

ausgestattet ist, dieser Bedrohung entgegenzutreten; darüber hinaus, inwiefern die Geschichtsschreibung nicht auch (unbewusst) überlieferte Narrative, Diskurse und sogar Stereotype fortsetzt. In dieser Hinsicht möge sich die Wissenschaft auch Wodaks Ermahnung zu Herzen nehmen, sich kritisch(er) den aufkeimenden Tendenzen der Renationalisierung und Ausgrenzung entgegenzustellen.

Tim Corbett, Senior Research Fellow, Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien.

Michael Dippelreiter/Christian Prosl (Hrsg.), Österreich 1934 – das Spiel mit dem Feuer. Versuch einer differenzierten Betrachtung. Ergebnisse des 19. Wiener Kulturkongresses vom 4./5. November 2014, Klagenfurt/Celovec 2015, 270 Seiten.

Über die Zeit des Nationalsozialismus als Teil der österreichischen Geschichte scheint in Öffentlichkeit, Politik und Historiografie heute weitgehend Konsens zu herrschen.

Von alledem kann in Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung, politische Rezeption und historiografische Reflexion der Zeit zwischen 1933/34 und 1938, respektive der zentralen Schlüsselereignisse während dieser Phase, nämlich des doppelten Bürgerkrieges von 1934 – des gescheiterten Aufstandes von Teilen des Republikanischen Schutzbundes vom 12. Februar 1934 und des ebenfalls gescheiterten Putschversuches von Teilen der österreichischen SS und SA vom 25. Juli 1934, bei dem Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet wurde, – nicht die Rede sein.

Der Nationalsozialismus wird nur von wenigen – historiografisch nicht ganz korrekt – auch Faschismus genannt. Dem stehen gut zwei Dutzend Bezeichnungen gegenüber, die das Herrschaftssystem in Österreich zwischen 1933/34 und 1938 begrifflich fassen: Sie

reichen von der Betonung des „Autoritären“ (autoritärer Staat, autoritäres Notstandsregime, Autoritätsstaat, autoritärer Ständestaat, etc.) bis zur Betonung des „Faschistischen“ (Austrofaschismus, Klerikalfaschismus, Konkurrenzfaschismus, Imitationsfaschismus, Präventivfaschismus, etc.). Historiker (viel weniger auch Historikerinnen) verwendeten in ihren Publikationen als Regimebezeichnung einerseits die zeitgenössische ideologische Selbstbezeichnung „ständestaatlich“, andererseits das ebenfalls zeitgenössische, von politischen Gegnern – aber auch von bürgerlicher Seite – gebrauchte „austrofaschistisch“, manchmal auch beides von ein und derselben Person im Laufe eines Forscherlebens. Historiografische Vermittlungsbemühungen führten zu amalgamierenden Neologismen wie „austrofaschistischer Ständestaat“ oder übten sich – zwecks Vermeidung nicht beabsichtigter Provokationen – in Zurückhaltung (österreichische Diktatur, Diktatur in Österreich, Regierungsdiktatur, Kanzlerdiktatur, Dollfuß-Schuschnigg-Regime, Österreich 1933–1938, etc.).

Allein diese begriffliche Vielfalt, ihre historischen Entwicklungen, Veränderungen und Verästelungen, ihr wissenschaftlicher, öffentlicher, politischer und polemischer Gebrauch ist erklärungsbedürftig, zeugt aber unzweifelhaft von einem öffentlichen, politischen und historiografischen Bewertungsproblem.

Ein von der Österreichischen Kulturvereinigung veranstaltetes Symposium aus Anlass des Jubiläums der Ereignisse von 1934 – abgehalten am 4. und 5. November 2014 an der Wiener Diplomatischen Akademie – hatte sich nun zum Ziel gesetzt, vermehrt Wissenschaftler (und es sind ausschließlich Männer) „aus dem konservativen Lager“ zu Wort kommen zu lassen, da bislang die Geschichte des Februaraufstandes 1934 eher von Wissenschaftlern bearbeitet worden wäre, „die der Sozialdemokratie nahestehen“ – so die Grundintention des von Michael Dippelreiter und Christian Prosl herausgegebenen Sammelbandes, der die Ergebnisse des Symposiums